

Bischof Egon Kapellari

Wider die Larmoyanz!

Christliche Leitthemen auf dem Areopag des neuen Europa

Ein historischer Rückblick lässt in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg Europa müde erscheinen: eine „alte Welt“ im doppelten Wortsinn, scheinbar unaufhebbar gespalten in zwei Machtblöcke und als Westeuropa bedroht durch eine globale Marginalisierung. Das Projekt „Europäische Einigung“ wurde begonnen und getragen vornehmlich von katholischen Gründergestalten wie Robert Schumann, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Dies hat seither wesentlich dazu beigetragen, diese Flaute zu überwinden. Dass einige Staaten, die einander in zwei Weltkriegen feindlich gegenüberstanden, nun in der Europäischen Union eine weiträumige europäische Friedenszone bilden und dass trotz vieler alter und neuer sozialer Wunden der Wohlstand in den EU-Ländern im Ganzen sehr zugenommen hat, gehört zu den großen Aktiva einer politischen Bilanz Europas zu Ende des 20. Jahrhunderts.

Das Jahr 2004 wird für die Europäische Union und für Europa ein weiterer Meilenstein auf dem Weg Europäischer Integration sein. Am 1. Mai dieses Jahres wurden in Rom die endgültigen Verträge zur Erweiterung um weitere zehn Staaten unterzeichnet. Die Europäische Union umfasst damit 25 Staaten. Die historische Tragweite dieses Integrationsprozesses kommt erst dann voller in den Blick, wenn bedacht wird, dass die meisten der Beitrittsländer exkommunistische Staaten sind. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn werden also schon fünfzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vollintegrierte Mitglieder der Europäischen Union sein. Dies ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stabilisierung in Europa. Bezogen auf diese Integrationsprozesse spricht der ehemalige polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski von einer „Wiederentdeckung Mitteleuropas“, wobei hier an gegenseitigem Verständnis und Kennenlernen noch viel „nachzuholen“ sei. In der selben Perspektive denkt auch der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker, der in einer Rede mit dem Titel „Europa auf dem Sprung“ an der Katholischen Akademie in Bayern im Oktober 2003 sagte:

„Wir sind ja in unseren europäischen Gegenden so westlich kopflastig geworden, dass wir überhaupt nicht mehr merken, was im mittleren und östlichen Teil Europas passiert. Wir denken immer: Wir sind Europa. Wir sind natürlich überhaupt nichts ohne den anderen Teil Europas. Auch denken wir, wir hätten die europäische Idee geboren. Nichts ist falscher als das! In unserem Teil Europas beschäftigt man sich ja kaum noch mit Geschichte. Wer sich aber damit beschäftigt, auch mit der jüngeren Geschichte, wird unschwer feststellen können, dass die eigentliche Idee, die Europäische Union zu gründen, überhaupt keine, wie wir denken, westeuropäische Idee war, sondern eine mitteleuropäische Idee. Es waren die Exilregierungen Mitteleuropas in London, die die ersten Pläne zur Europäischen Union, die sie damals auch so bezeichnet haben, entworfen haben. Es waren die tschechische und die polnische Exilregierung, die den ersten Plan zur Integration des europäischen Kontinents entworfen haben. In einem tschechisch-polnischen Entwurf kann man nachlesen, dass die beiden Regierungschefs damals festgelegt haben, den Plan zu verwirklichen, und sollte es gelingen, hätten die

westeuropäischen Staaten auch mitmachen dürfen. Diese Menschen waren immer Europäer, und hatten weiterführende europäische Ideen, bevor wir erst damit angefangen haben, diese europäischen Ideen überhaupt erst zu denken. Wenn wir so klug gewesen wären, wie wir denken, dass wir waren, dann hätte es ja vieles an Verheerendem gegeben, was man hätte verhindern können, wenn wir es ernst gemeint hätten mit unseren eigenen Entwürfen. Vergessen sind die Initiativen von Coudenhove-Kalergi und vielen anderen.“ Soweit das Zitat aus der Rede Jean-Claude Junckers.

Der Mitteleuropäische Katholikentag, der zu einem wesentlichen Teil von der Kirche in Österreich organisiert und mitgetragen wurde, ist ein wichtiger Beitrag, das Bewusstsein für ein gemeinsames Europa in Ost und West zu stärken. An einer „Wallfahrt der Völker“ nach Mariazell in der Zeit vom 21. bis zum 23. Mai 2004 nahmen Christen aus Österreich, aber auch aus sieben exkommunistischen Staaten (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Ungarn, Slowakei, Tschechien und Polen) teil. Die Bischofskonferenzen der einzelnen Beitrittsländer haben einen wichtigen Beitrag zur Information und positiven Motivation ihrer Katholiken betreffend die EU geleistet – man denke etwa an Polen – und wollen die auch weiterhin tun. Der Mitteleuropäische Katholikentag und sein Höhepunkt in Mariazell können darüber hinaus ein starker und nachhaltiger Impuls sein für ein verstärktes und vertieftes Miteinander im mitteleuropäischen Raum.

Dieser Mitteleuropäische Katholikentag soll die Christen aber auch dazu ermutigen, Themen gemäß den Maßstäben des Evangeliums verstärkt in das öffentliche Bewusstsein Europas einzubringen. Bewusste Christen haben am Beginn des dritten Jahrtausends christlicher Geschichte keine biblische Rechtfertigung dafür, sich in Europa auf eine Kirche als „kleine Herde“ zurückzuziehen in der bloßen Hoffnung auf eine neue Vitalität der Kirche in Afrika, Südamerika und einigen Ländern Asiens. Politischer Defaitismus und Larmoyanz betreffend Europa als eine „alte Welt“, die scheinbar unaufhebbar in zwei Machtblöcke gespalten und als Westeuropa durch eine globale Marginalisierung bedroht war, sind ja durch das Projekt „Europäische Einigung“ an seiner Wurzel getroffen und umgekehrt worden, auch wenn dieses Projekt von Rückschlägen bedroht bleiben wird. Es wäre doch schlimm, wenn in einem weithin überwundenen politischen Defaitismus phasenverschoben ein kirchlicher Defaitismus und eine ihm entsprechende Larmoyanz folgen würden, weil das katholische und noch mehr das evangelische Milieu in Ländern wie den unseren weiterhin in Umformung oder Auflösung begriffen ist. Als Christen können wir aber davon überzeugt sein, dass Europa aber nicht ohne oder gegen die Christen, ohne oder gegen das Christentum gebaut werden kann. Die christlichen Kirchen und Gemeinschaften in Europa verfügen nach wie vor über große Ressourcen an Spiritualität, Solidarität und Barmherzigkeit und tragen und beseelen viel in der europäischen Gesellschaft, viel mehr als vielerorts bewusst ist.

„Man muss sich rühren“ hat der große Theologe Hans Urs von Balthasar nicht lange vor seinem Tod gesagt und hat damit ein Wort von Goethe auf die Situation der heutigen Christen angewendet. Im Folgenden sind drei Leitthemen genannt, die Christen auf dem Areopag schon heute verstärkt einbringen und weiterhin einbringen sollten.

Europäische Identität als eine Bedingung von Stabilität und Frieden in Europa

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft wird in der Präambel der Entschlossenheit der vertragsabschließenden Parteien Ausdruck verliehen, „durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen“ und die „Aufforderung an die anderen Völker, die sich zu einem gleichen hohen Ziel bekennen“ ausgesprochen, „sich diesen Bestrebungen anzuschließen“. Der Raum der Europäischen Union ist abgesehen von Destabilisierungen in Nordirland und Spanien bereits eine Friedenszone, und die EU soll mehr und mehr eine Kraft zum Frieden im gesamteuropäischen Raum bis zum Ural und Kleinasien werden. Eine größer werdende Europäische Union erfordert aber neben funktionierenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen vor allem eine gemeinsame Identität. „Der innere Frieden der Europäischen Union ist ohne Mindestmaß an Gemeinschaftsgefühl nicht zu gewährleisten“ (Mokre/Puntscher-Riekmann). Deshalb darf die Frage nach einer „europäischen Identität“ nicht ausgeklammert werden. Ferdinand Seibt, der kürzlich verstorbene Professor für Geschichte an der Universität Bochum, weist in seinem 2002 erschienenen und vielbeachteten Werk „Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre“ darauf hin, dass „Europa eine historische Einheit“ sei, „die innerhalb ihres Bereiches mehr Selbstbezüge als Fremdbezüge kennt“. Die Europäische Kultur verheiße „eine rational intendierte Lebensbewältigung mit ihren eigenen Vorstellungen von Vergangenheit und Zukunft, mit ihrer Ordnung, Planung und Hoffnung, mit dem technischen Fortschrittsoptimismus und der klassischen Humanitätsidee“ und mit einem „immer noch lebendigem Christentum“.

Der Mitteleuropäische Katholikentag weist mit seinen vielfältigen Veranstaltungen daraufhin, dass über die rechtlichen und ökonomischen Ordnungen der EU hinaus die kulturellen und religiösen Wurzeln und Fundamente des Projekts „Vereintes Europa“ nicht vergessen werden dürfen. In seiner Grußbotschaft zum Beginn des Projektes „Mitteleuropäischer Katholikentag“ hat Papst Johannes Paul II. wörtlich gesagt: „Es tut Not, dass Europa seine christliche Identität wiedererlangt und neu lebt; erst dann wird es der Welt jene Werte vermitteln können, auf die der Friede unter den Völkern, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität gründen.“ Der metaphorische Wunsch des früheren Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, man möge dem neuen Europa eine Seele geben, hat nichts an Aktualität verloren. Michel Rocard, ehemaliger französischer Premier und nunmehriger Abgeordneter zum Europaparlament, schrieb im Frühsommer des Jahres 2003 in einer österreichischen Tageszeitung: „Obwohl es sich von selbst versteht, dass es im Interesse aller Europäer liegt, den definitiven und dauerhaften Frieden auf eine starke, institutionelle Grundlage zu stellen und die Märkte pragmatisch zu einigen, ist dies noch kein ausreichender Impuls für eine Gemeinschaft von 25 Mitgliedern. Ein tieferer, gemeinsamer Zweck ist erforderlich.“ Im vorliegenden Textvorschlag für eine neue Verfassung der EU werden solche grundlegenden Werte wie Menschenrechte, Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit, für deren Entstehen – so Rocard – „der christliche Einfluss von besonderer Bedeutung war“, benannt. Valentin Zsifkovits, der emeritierte Grazer Sozialethiker, schrieb in einem seiner letzten Bücher mit dem Titel „Demokratie braucht Werte“ unter Bezugnahme auf den deutschen Staatsrechtslehrer Böckenförde: „Jede echte Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst, wenn überhaupt, nur beschränkt zu garantieren vermag, die im Wesentlichen von Bürgerinnen und Bürgern geschaffen, gesichert, gefördert und gelebt werden müssen.“ Entsprechendes gilt auch für das politische

und soziale Leben der Europäischen Union. Wer oder was aber – so ist zu fragen – sind die Ressourcen für Wertehaltungen und Wertebewusstsein der Menschen in Europa? Hier kommt nach Überzeugung vieler den christlichen Kirchen in Europa eine bedeutende Rolle als Ehtsformende Kräfte zu. Das christliche Erbe Europas sollte daher gerechterweise als eine der stärksten Quellen der kulturellen und ethischen Identität Europas neben anderen wichtigen Quellen auch in der Präambel zur künftigen Verfassung der Europäischen Union benannt werden. Das Christentum ist eine der Hauptwurzeln für das heutige Europa. Das können auch ehrliche Kirchenkritiker nicht leugnen, und es sei hinzugefügt: Europa hat keinen Grund, sich seines christlichen Erbes zu schämen.

In meiner Sylvesteransprache 2003 im Grazer Dom habe ich dazu folgendes gesagt: „Rund 80 Prozent der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union nach deren Erweiterung sind christlich getauft. Auch wenn viele von ihnen nur wenig aus dieser Taufe leben, so kann man doch sagen, dass es in den meisten EU-Ländern so etwas wie eine stark christlich geprägte Leitkultur gibt. Ein Verschweigen dieser christlichen Wurzel im öffentlichen Leben und in einer künftigen EU-Verfassung wäre keineswegs eine notwendige Konsequenz von Toleranz gegenüber Nicht- oder Andersgläubigen, die uns Christen heute selbstverständlich sein müsste, sondern eine Intoleranz gegenüber tragenden Elementen der Identität der Mehrheit der Bevölkerung in den meisten EU-Ländern. Es geht dabei gewiss vor allem um das Korpus, um den Inhalt einer solchen Verfassung, aber es geht auch um eine Präambel. In den meisten alten und neuen Staatsverfassungen Europas gibt es eine solche Präambel und es ist nicht bloß eine Zierleiste. Die bisher vorliegenden Entwürfe für einen solchen Text sowohl auf EU- wie auch auf Österreich-Ebene sind zu diskutieren, aber nicht billig abzuqualifizieren.“

In der Präambel einer Verfassung soll die kulturelle Identität einer Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht werden. Eine solche Präambel ist zwar verfassungsrechtlich nicht unbedingt notwendig, aber für das oben benannte, den inneren Frieden gewährleistende Gemeinschaftsgefühl von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Zum Streit um einen Gottesbezug in der Verfassung hat sich in der Tageszeitung „Die Presse“ (am 5.1.2004) der New Yorker Verfassungsrechtler Joseph Weiler meines Erachtens sehr treffend geäußert: „Die Weigerung, einen derartigen Gottesbezug in die Verfassung aufzunehmen, beruht auf einem falschen Argument, dass Säkularismus mit Neutralität oder Unparteilichkeit verwechselt. In der Präambel geht es um eine Entweder-Oder-Entscheidung. Ja zu Gott, nein zu Gott. Warum soll der Ausschluss eines Gottesbezugs neutraler sein, als seine Aufnahme? Damit wird eine Weltanschauung, nämlich der Säkularismus, einer anderen, der Religiosität, vorgezogen und das unter dem Deckmantel der Neutralität.“ Weiler meint, es sollten beide Traditionen – nämlich Aufklärung wie Religion – in einer Präambel zum Ausdruck kommen, weil dies auch den Bürger/innen in Europa und ihren unterschiedlichen weltanschaulichen Herkünften entspräche. Europa könne nämlich „nicht kulturellen Pluralismus predigen und verfassungsmäßigen Imperialismus predigen.“

Als Europareferent der Europäischen Bischofskonferenz habe ich in mehreren Interviews gesagt, dass die Präambel der nachkommunistischen polnischen Verfassung vom Jahr 1997 auch als Vorbild für eine Verfassung der EU sein könnte. Im polnischen Text heißt es: „In Sorge um den Bestand und die Zukunft unserer Heimat ... beschließen wir, das Volk Polens – sämtliche Staatsbürger der Republik, ebenso diejenigen, die an Gott glauben, welcher Quelle der

Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Guten und des Schönen ist, wie auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen und diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten ... im Gefühl der Verantwortung vor Gott oder vor dem eigenen Gewissen die Verfassung der Republik Polen ...“. Diese polnische Präambel wäre nach meiner Überzeugung für eine künftige Verfassung der Europäischen Union und für eine neue Österreichische Bundesverfassung geeignet, weil sie anerkennt, dass die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung christlich getauft ist, und weil sie zugleich Nichtglaubenden oder Andersglaubenden nicht bevormundet. Vor allem Frankreich ist jedoch massiv dagegen und wird sich damit vermutlich durchsetzen. In Österreich ist seitens der katholischen Bischöfe bezüglich einer allfälligen Präambel der Bundesverfassung noch nicht das letzte Wort gesprochen. Der neue Innsbrucker Bischof Manfred Scheuer hat treffend gesagt: „Um des Menschen und der Menschenrechte, um der Unverfügbarkeit des Menschen willen hat es Sinn, wenn Gott in der Verfassung steht.“

Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Der materielle Wohlstand hat in den EU-Ländern im Ganzen sehr zugenommen und wird sich nach einer Zeit des Übergangs auch auf die neuen Mitgliedsländer ausdehnen. Entgegen der verbreiteten Skepsis gegenüber der EU und ihrer Erweiterung ist auch zu sagen, dass nur eine möglichst großräumige Europäische Union ein Garant dafür sein kann, dass weltweit ziemlich einzigartige soziale und kulturelle Standards in Europa den Auswirkungen einer wilden, ungezügelter Globalisierung widerstehen können. gegen die Dynamik einer solchen, von außen andrängenden Globalisierung kann man sich nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern nur noch großräumig absichern.

Der Blick auf die neuen Mitgliedsländer der EU macht aber auch deutlich, dass sich die Europäische Union aber verstärkt auch in die Richtung einer Sozialunion wird bewegen müssen. In einem Bericht der Kirchen und ihrer Verbände an die Europäische Union vom Jahr 1997 wird die Forderung nach „dem Primat der Politik, der Steuerung der Wirtschaft nach sozialen, partizipativen und ökologischen Standards“ ausgesprochen und damit „ein Paradigmenwechsel der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik“¹ eingefordert. In einem Bericht der Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahr 1998 heißt es: „Staatliche Politik hat darauf zu achten, dass die Rahmenbedingungen für die Entfaltung unternehmerischer Initiative günstiger werden. Andererseits bewirkt der wirtschaftliche Wachstumsprozess nicht automatisch sozialen Zusammenhalt. Hier ist es die Aufgabe des Staates, die Voraussetzung für mehr Beteiligungsgerechtigkeit zu schaffen.“² Sonst droht eine „Gesellschaft mit zwei Geschwindigkeiten, die durch einen tiefen Riss gespalten ist, der Spannungen und Konflikte nach sich zieht.“³ Europa steht mit dem „Prozess der Europäisierung Europas“ vor der Aufgabe, unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Geschwindigkeiten zu integrieren und aufeinander abzustimmen, wenn der fortschreitenden Einigungsprozess gelingen soll. In Europa als einem Raum für soziale Gerechtigkeit sollten aber auch Kräfte für eine weltweite Solidarität besonders mit Völkern großer Not immer stärker werden.

Zum Gelingen eines gemeinsamen Europa und insbesondere zum Aufbau einer Sozialunion können die synthetische Kraft des Christentums und die Prinzipien der Katholischen Soziallehre Wesentliches beitragen. Das Christentum hat ja, aufruhend auf einem gesamtbiblischen

Fundament, in das gemeinsame europäische Bewusstsein fundamentale Prinzipien der Humanität eingeprägt, die auch in sogenannten nachchristlichen Gesellschaftssegmenten auf vielfältige Weise prägend sind: etwa das Prinzip der unveräußerlichen Würde jedes Menschen als Person und das Prinzip einer geschwisterlichen Solidarität aller Menschen über Grenzen von Kulturen, Völkern und Religionen hinaus, um nur zwei zu nennen. Diese Prinzipien und auch andere Prinzipien der katholischen Soziallehre können Grundlage einer europäischen Sozialunion sein.

Bezogen auf Bemühungen um den sozial längst nötigen Aufbau einer neuen Kultur der Askese bezeichnete Kurt Jungwirth, Präsident der avantgardistischen Kulturinitiative „Steirischer Herbst“, in einer Veröffentlichung des Karl Kummer Institutes Graz authentisch lebende Christen, „die Verzicht verlangen und vorleben“, als die „wahren Helden“. Jungwirth wörtlich: „Die Weisheit, die sie (...) über Jahrhunderte heraufgerettet haben, sind unentbehrlich. Sie bewahren, wie Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker und Philosoph, sagte, ein Wissen vom Wesen des Menschen, das tiefer wurzelt als die Rationalität der Neuzeit.“ In diesem Sinne sei gelebtes Christentum auch ein „Störenfried“ für einen ungehemmten Ökonomismus – soweit Kurt Jungwirth.

Achtung und Förderung des Lebens

Die Würde des menschlichen Lebens ist unteilbar. Christen sind Freunde dieses Lebens in all seinen Dimensionen, sei es geboren oder noch ungeboren, sei es entfaltet oder behindert, sei es zeitlich oder ewig. Die Unteilbarkeit der Würde des Lebens von der Zeugung bis zum Tod wird aber heute von verschiedenen Seiten her und aus verschiedenen Gründen auf beklemmende Weise in Frage gestellt.

Die aktuelle Debatte über eine aktive Sterbehilfe lässt befürchten, dass eines Tages ein subtiler oder sogar direkter Druck auf schwerkranke und alte Menschen ausgeübt werden könnte, sich den Tod gegen zu lassen oder selbst zu geben, weil eine ansehnliche gesellschaftliche Gruppe den organisierten Freitod gesellschaftsfähig gemacht hat. Die richtige Antwort auf das Leid am Ende des Lebens ist Zuwendung, Sterbebegleitung – besonders auch mit Hilfe der Palliativmedizin – und nicht „aktive Sterbehilfe“. Der Dachverband der Hospizdienste Österreichs hat sich schon vor Jahren ebenso gegen eine künstliche Verlängerung des Sterbens wie gegen „aktive Sterbehilfe“ ausgesprochen. Um eine humane Sterbebegleitung durchzusetzen, bedürfe es freilich baldigst struktureller Reformen in allen Bereichen des Medizin- und Sozialsystems und des Aufbaus palliativer Versorgungssysteme. Es bedarf aber auch konkreter Schritte: in der psychischen und seelsorglichen Begleitung schwer Kranker und Sterbender, der Familienangehörigen, der Ärzte und des Pflegepersonals. Die Hospizbewegung leistet hier Großartiges. Man kann aber nicht das ganze Bündel solcher Aufgaben an sie delegieren. Viele weitere Menschen müssen bereit sein, sich die Zuwendung zu schwer Kranken und Sterbenden Zeit und auch Geld kosten zu lassen.

Auch um den Schutz beginnenden Lebens muss heute im Horizont von Genforschung und Präimplantationsdiagnostik verstärkt gerungen werden. Was bedeuten Menschenwürde und Schutz der Person besonders im Blick auf die noch nicht entfaltete Persönlichkeit des Embryo? Ab welchem Zeitpunkt, unter welchen Bedingungen und nach welchen Kriterien der Güterab-

wegung stehen diese Individuen unter einem nicht kündbaren Schutz? Der ehemalige Präsident der deutschen Forschungsgemeinschaft und derzeitige Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Professor Wolfgang Frühwald, ortet gegenwärtig in Fragen betreffend das Menschenbild einen „Kulturkampf“ zwischen einem christlichen, zumindest kantianischen Menschenbild auf der einen Seite und einem szientistisch-sozialdarwinistischen Menschenbild auf der anderen Seite.

Vor kurzem hat in diesem Zusammenhang der Philosoph Peter Strasser auf die Bedeutung der jüdisch-christlichen Kategorie der Kreatürlichkeit hingewiesen: *„Man hört Dostojewskis Regel nur ungern, aber wahr ist sie trotzdem: Wenn wir uns nicht als Teil der Schöpfung begreifen können oder wollen, sondern bloß als Teil einer moralindifferenten Entfaltung des Lebens in einem wertindifferenten Universum, dann ist uns im Grunde alles erlaubt. Wir müssen nur mächtig genug sein, um das, was wir wollen, auch durchzusetzen. Ein konsequenter Moralist glaubt nicht an Menschenrechte und schon gar nicht an Rechte, die in einer unantastbaren Würde des Menschen gründen. Menschenwürde ist Metaphysik. Warum also sollten die Menschen – utopisch gesprochen – nicht über sich hinausgehen und Herrenmenschen züchten? Und warum sollten dann die Herrenmenschen nicht humanoide Kreaturen züchten, die keinen sehnlicheren Wunsch haben als den, ihren Erzeugern zu dienen? In einer Welt, die sich der Kategorie des Unantastbaren entledigt hätte, wären derlei Fragen rhetorisch. Denn die Antwort stünde fest: Warum nicht?“*

Die Frage des Menschenbildes betrifft eine der Hauptsorgen unserer Gesellschaft, die sich aus der geringen Zahl an Kindern und an jungen Menschen ergibt. Hier wird eine Rechnung präsentiert, an deren Zustandekommen gewiss viele Ursachen beteiligt waren und sind. Man sollte sich eine diesbezügliche Analyse nicht zu leicht machen und die Erwartung einer Wende zum Besseren nicht nur der Politik, zumal der Finanzpolitik zuschieben. Fundamentalere ist die Frage, welches Menschenbild in unserer Gesellschaft dominiert. Je mehr eine Gesellschaft sich als Spaßgesellschaft versteht, die als solche wenig Kraft hat, sich selbst in einer neuen Generation zu reproduzieren, desto weniger Aussicht gibt es auf eine weitreichende Trendwende. Inmitten dieser Situation sollten entschlossene Christen festhalten am Ideal stabiler familiärer Beziehungen, auch wenn sie damit noch eine Minderheit sind. Sie sind nicht die Nachhut einer sterbenden, sondern die Avantgarde einer kommenden Gesellschaft, die Europa nicht zu einem müden Abendland, sondern zu einem Morgenland mit Zukunft werden lässt.

Darüber hinaus sollen sich Christen aber auch für Europa als einen Raum einsetzen, in dem der Auftrag Gottes an die Menschheit ernstgenommen wird, sie möge die Umwelt als Mitwelt verstehen und sorgsam pflegen. Die Krise der übertechnisierten Landwirtschaft in einigen Westeuropäischen Ländern wird, so ist zu hoffen, ein Umdenken und eine Umkehr zu einer ökosozialen Wirtschaft fördern.

Schluss

Die katholischen Bischöfe Österreichs haben in der Vergangenheit mehrmals und zuletzt in der von der Österreichischen Bischofskonferenz herausgegebenen Schrift „Kirche auf dem Bauplatz Europa“ (Wien 2003) erklärt, dass Europa einem großen Bauplatz gleiche und dass Christen gerufen sind, hier mitbauend, mitgestaltend tätig zu sein. Christen müssen für ein

Europa der Zukunft Allianzen suchen. Europa soll mindestens im Raum der Europäischen Union in ihrer jetzigen und zukünftigen Ausdehnung von solchen Allianzen geprägt sein: Allianzen für eine volle Verwirklichung der Menschenrechte, für eine sich ständig von ihren Idealen her erneuernde Demokratie, die die Prinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität verpflichtet ist; Allianzen für die Achtung vor dem menschlichen Leben in allen Phasen von der Empfängnis bis zum Tod, für die Stärkung der Familie, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die ökologische Verantwortung für die Umwelt als Mitwelt und Allianzen für ein solches Vertrauen in die Zukunft, dass die Überalterung der Gesellschaft nicht nur durch Zuwanderung verhindert werden kann; Allianzen schließlich auch für eine weltweite Solidarität in allen echt humanitären Anliegen.

Damit solche Allianzen gelingen, müssen die Partner solcher Allianzen ihrer selbst gewiss sein. Christen müssen in ihren verschiedenen Lebenswelten als solche erkennbar sein. Der diagnostizierte quantitative Rückgang der Zahl der Christen, zumindest im westlichen Europa, darf aber nicht zu voreiligen und trendkonformen Anpassungen des Christentums an den Zeitgeist führen. Das paulinische „Nolite conformari“ verpflichtet die Christen, wie der deutsche Dominikaner und Sozialethiker Ockenfels betont, immer auch „zum Nonkonformismus gegenüber Zeitgeist und Zeitgeistsansage“. Christen sind und bleiben Doppelbürger. Sie gehören einerseits zur Erde, sie sind ein Teil der Erde und verstehen sich andererseits als Pilger zu einem Zustand endgültiger Reife, den wir biblisch-theologisch Himmel nennen. Diese doppelte Bindung verpflichtet, das irdische als Medium der Reifung höchst ernst zu nehmen und sich andererseits nicht so daran zu klammern und darin zu verkrallen, als ob es nichts Größeres gebe als die „Gestalt der Welt“, die ja vorübergeht, wie der Apostel Paulus gesagt hat. Darüber hinaus sollte der im Evangelium fundierte missionarische Grundauftrag der Christen nicht vergessen werden. Wer eine ihn wirklich positiv verwandelnde Begegnung mit Gott, mit Christus und einer authentisch christlichen Gemeinschaft erlebt hat, der will diese Werteerfahrung an andere weitergeben und mit ihnen teilen. Er wird dazu seine ganze Phantasie aufbieten, aber jede Art von Zwang und List vermeiden, weil er sonst die Botschaft Christi entehrt. Jedenfalls wird er sich nicht mit einer verbürgerlichten Religiosität begnügen können, die einem Ofen gleicht, der alleine sich selbst wärmt. „Zeige uns Jesus“ haben nach dem Zeugnis des Johannesevangeliums heidnische Griechen zu den Jüngern Christi gesagt. Christen in Europa sollten immer wieder ihren Mitmenschen Christus zeigen wollen. „Give me Jesus“ – gib mir Jesus – singen heute junge Leute auch in Europa in einem bekannten Gospellied. Wir müssen als Christen sensibel sein für diesen oft nur implizit ausgesprochenen Wunsch.

Der gesamtkulturelle Ertrag von mehr als 2.000 Jahren Wirkungsgeschichte des Christentums in Europa ist kontrovers, sowohl innerhalb der Kirche selbst wie im Kreis der Gegner des Christentums. Der oft gehörte Vorwurf freilich, die Kirche habe die Menschheit nicht kollektiv verwandeln können, weil Europa vom Ethos der Bergpredigt anscheinend immer noch so weit entfernt ist wie am Anfang des Christentums, verkennt, dass das Christentum von seiner Wurzel her keine Verheißung hat, ein innerweltliches Paradies herzustellen. Im Gegenteil sind die christlichen Kirchen im Ganzen immer utopiekritisch gewesen. Immanuel Kants nüchterne Anmerkung, der Mensch sei aus krummen Holz geschnitzt, entspricht einer christlichen Sicht auf den Menschen und seiner Gebrochenheit zwischen Ideal und Realität. Theologisch spricht man in diesem Kontext von Erbsünde.

Im am Evangelium geprüften Selbstverständnis des Christentums wirkt dieses wie ein geduldiges Ferment innerhalb der verschiedenen Gesellschaftsmodule. Es kann nie eine Gesellschaft zur Theokratie verwandeln, sondern ist ein beständiger eschatologischer Vorbehalt gegenüber der jeweiligen Gesellschaft. Das Christentum hat nicht die Verheißung, die Welt jemals als Ganze in ein Paradies zu verwandeln. Wohl aber schafft es immer neu Inseln einer neuen Welt, die sich oft ausweiten und oft auch wieder verschwinden. Heinrich Böll, ein sehr strenger Kritiker der Kirche, hat seine im Kern doch unerschütterte Christlichkeit mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Selbst die allerschlechtesten christlichen Welt würde ich der besten heidnischen vorziehen, weil es in einer christlichen Welt Raum gibt für die, denen keine heidnische Welt je Raum gab: für Krüppel und Kranke, Alte und Schwache, und noch mehr als Raum gab es für sie: Liebe für die, die der heidnischen wie der gottlosen Welt nutzlos erschienen und erscheinen ...“ In einer Gesellschaft, die so vielen Ungeborenen durch Abtreibung das Licht des Lebens verweigert und die andererseits unter dem Titel der Humanität Euthanasie propagiert, sind die Worte Bölls von unverminderter Aktualität.

Die Bischöfe der acht Länder des Mitteleuropäischen Katholikentages ermutigen in einer Botschaft die Christen, ihren Blick nach vorne zu richten: „Als Christen haben wir nicht nur eine Vergangenheit, sondern vor allem auch eine Zukunft.“

„Christus, Hoffnung Europas“ was das Leitwort für diese „Wallfahrt der Völker“ nach Mariazell im Mai 2004. Im Mariazeller Gnadenbild zeigt Maria den pilgernd hier eingekehrten Menschen aus vielen Ländern Europas das Christuskind. Ein vertiefter Blick auf dieses Kind wäre heute und morgen besonders notwendig, weil Europa trotz seiner Ressourcen an innovatorischen Gaben in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft in vieler Hinsicht auch eine alte, vergreisende Welt zu werden droht.

Der auferstandene Christus spricht das Wort „Fürchtet euch nicht!“. Dieser Zuspruch steht allerdings unter einer Bedingung. Er sagt, genauer ausgedrückt: Ihr braucht euch vor nichts Kommenden fürchten, wenn ihr euch an das haltet, was das Kind im Gnadenbild von Mariazell als Mann aus Nazaret gesagt und getan hat; wenn ihr den Weg geht, den er euch vorausgegangen ist.

Als Christen sollten wir auf die Defizite wie auf die Verheißungen unserer Gesellschaft inmitten des Bauplatzes Europa und zumal des Projekts „Europäische Union“ mit einem gläubigen Realismus reagieren. In dem Maße wie wir glauben können, dass Gott, dass Christus uns ebenso auf dem Weg durch Grünland wie auf dem Weg durch Steppe oder Wüste begleitet, können wir in all dem auch unverdrossen Hoffende sein. Es geht um eine biblisch-christliche, nüchterne Hoffnung, die tiefere Wurzeln hat als ein zivilgesellschaftlicher Optimismus.

Aus:

Walter Krieger, Balthasar Sieberer (Hg): Was ist christlich an Europa, Verlagsgemeinschaft Topos plus, Kevelaer, Limburg 2004

¹ Armut und soziale Ausgrenzung. Bericht der Kirchen und ihrer Verbände an die Europäische Union. Kathpress Sonderpublikation Nr. 2, 1997, S. 5.

² Mehr Beteiligungsgerechtigkeit. Beschäftigung erweitern, Arbeitslose integrieren, Zukunft sichern: Neun Gebote für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Memorandum einer Expertengruppe berufen durch die Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 1998 (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen 20), 8. Zur Beteiligungsgerechtigkeit vgl. auch Heimbach-Steins, M., Beteiligungsgerechtigkeit. Sozialethische Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion, in: Stimmen der Zeit 124 (1999) 147-160.

³ Armut und soziale Ausgrenzung, S. 4.